

JUERGEN MAASZ, Linz

Bologna - für oder gegen die LehrerInnenbildung in Österreich?

1. Abstract

Die österreichische Bundesregierung hat beschlossen, dass nun auch die Lehramtsstudiengänge nach dem in Bologna vereinbarten Schema Bakkalaureat/Master angeboten werden sollen. Bis zum Jahreswechsel 2009/2010 sollte eine Kommission dazu einen Rahmenvorschlag erstellen. Mit dieser Reform werden voraussichtlich nicht nur die derzeitigen Lehramtsstudien neu gestaltet werden, sondern auch das Verhältnis von Universitäten und Pädagogischen Hochschulen. Letztere sind in Österreich zur Zeit bekanntlich in ihrer rechtlichen Struktur, ihrer inhaltlichen Ausrichtung, ihrem Niveau und nicht zuletzt der Berechtigung zur Vergabe von Abschlusszeugnissen sehr unterschiedlich. In meinem Beitrag thematisiere ich die Ausgangslage und den Kommissionsentwurf.

2. Vorbemerkung

Dieser Beitrag versteht sich als Kurzinformation zu einem bestimmten, aktuellen Stand der bildungspolitischen Debatte in Österreich. In der Kürze lassen sich selbstverständlich viele Überlegungen nur als Thesen formulieren, die an anderer Stelle ausführlicher begründet oder empirisch belegt sind. Wer die ausführliche Version oder empirische Belege haben möchte, wende sich bitte an mich: juergen.maasz@jku.at

3. Ausgangslage

Das zentrale Moment der österreichischen Bildungspolitik nach Abschluss der Expansionsphase in den siebziger Jahren ist „Geld sparen“. Die Hauptfrage in diesem Zeitraum war nicht: „Wie kann die Bildung verbessert werden?“, sondern einfach: „Wo kann im Bildungsbereich wie viel gespart werden?“ Im Angesicht von mehr fertig ausgebildeten LehrerInnen wurden nicht neue Stellen an Schulen geschaffen, sondern Gehälter gekürzt. Die Position der Lehrgewerkschaft bei Gehaltsverhandlungen war wegen der vielen arbeitslosen LehrerInnen schlechter als in der Ausbauphase, in der LehrerInnenmangel herrschte. Zur öffentlichen Unterstützung und Begründung der Sparpolitik hat das Ministerium seit vielen Jahren pauschal alle LehrerInnen als faul und dumm diffamiert – mit natürlich fatalen Folgen für deren Motivation und Arbeitsbereitschaft. Schulgebäude sind baulich verfallen – es regnet hinein und im Winter wird wegen Baumängeln und schlechter Isolation viel Energie vergeudet. Auch an den Universitäten

wurde und wird kräftig gespart – die zentrale Bologna-Idee "Studienzeitverkürzung" passt in diese Absicht gut hinein.

Drei andere wesentliche Momente der Entwicklung in Österreich sollen hier ebenfalls kurz angedeutet werden, das Verhältnis von formaler Berechtigung und Qualität der Bildungsabschlüsse, die grundsätzliche Orientierung und Aufgabenstellung von Schulen sowie die Schulformdebatte (Gesamtschule?).

3.1. Formale und inhaltliche Qualifikation

Bemerkenswert ist zunächst das geänderte Verhältnis von steigender formaler Durchlässigkeit und damit formalem Wert der Bildungsabschlüsse einerseits und sinkender inhaltlicher Qualität andererseits. Spätestens mit der Einführung der Berufsreifeprüfung oder gar der seit langem geforderten direkten Studienberechtigung durch einen Lehrabschluss können fast alle Menschen in Österreich fast jedes Studium beginnen (bis auf Ausnahmen wie Medizin). Den Universitäten wird dann vorgeworfen, dass es StudienabbrecherInnen gibt. Im Zuge des Sparens wird sogar laut überlegt, dass für eine Lehrveranstaltung, in der nur x% den Schein erhalten, auch nur x% bezahlt wird. In konsequenter Verfolgung dieser bildungspolitischen Linie werden alle Menschen studieren dürfen und es werden alle einen Studienabschluss erhalten – der dann aber nix mehr wert sein wird. Zu dem Zeitpunkt stehen jene BildungspolitikerInnen, die für diesen Nonsens verantwortlich sind, schon nicht mehr zur Wahl. Es stört sie deshalb jetzt nicht, wenn und während sie allen viel versprechen.

3.2. Quo Vadis "Schule"?

Der zweite hier noch anzuführende Punkt ist die offene Grundsatzfrage nach den vorrangigen Aufgaben des Schulsystems im Ganzen. Seit vielen Jahren verschlechtert sich die Situation der Jugend, wie die einschlägigen Studien zu Familienpolitik, Jugend und Medien etc. zeigen. Die Gesellschaft reagiert darauf zum Teil mit der Forderung an die Schulen, mehr Erziehungsarbeit zu leisten. Sie folgt damit einem Trend, gesellschaftliche Probleme zu pädagogisieren: Wenn auf dem Weg zur Schule Kinder überfahren werden, braucht es mehr Verkehrserziehung, wenn eine Klimaveränderung droht, mehr Umwelterziehung, wenn soziale Konflikte zu Gewalttätigkeit führen, mehr soziale Kompetenz etc. Richtig daran ist, dass auch Erziehung einen Beitrag zur Problemlösung leisten kann. Falsch ist, dass Schulen ohne zusätzliche Mittel dazu in der Lage sind. Und ganz ärgerlich und falsch ist die politisch-sparsame Motivation für solche Pädagogisierung von gesellschaftlichen Problemen, die darin besteht, dass sie so

tut, als sei der Appell an die Schulen ein vollwertiger Ersatz für Politik. Klimapolitik ist um viele Größenordnungen schwerer und teurer als eine entsprechende Anforderung an die Schulen.

Sehr stark im Widerspruch zur (Re-)Pädagogisierung von Schulen stehen Forderungen, die eher aus wirtschaftlicher Richtung kommen und auf verbesserte fachliche Qualifikation bzw. Kompetenz zielen, die zur wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit im Zeichen der Globalisierung, der internationalen Märkte, der Standortpolitik etc. beitragen sollen. Das mittelmäßige Abschneiden bei TIMMSS- und PISA-Tests, an deren Aussagekraft seitens der Wirtschaft nicht gezweifelt wird, hat hier zu verstärktem Druck geführt. Mehr Erziehung, Sozialarbeit, psychologische Betreuung, soziale Kompetenz und Medienkompetenz und bessere Fachausbildung im naturwissenschaftlich-technischen Bereich gleichzeitig geht offenbar nicht. Angesichts der anhaltenden Demotivierung der LehrerInnen durch die Bildungspolitik und der zur Erreichung all dieser Ziele notwendigen, aber sich in weiter Ferne befindlichen Qualifikationen, die durch keine LehrerInnenausbildung vermittelt werden können (professionelle Sozialarbeit oder psychologische Beratung beispielsweise setzen jeweils eine mehrjährige Ausbildungen voraus) ist es völlig klar, dass die Schulen nicht gleichzeitig alle von verschiedenen Seiten gewünschten Ziele (viele habe ich hier nicht einmal erwähnt, etwa klassische Bildungsziele oder für die gesellschaftliche Zukunft wichtige wie die/der kritische BürgerIn) erreichen und dabei noch mit weniger Geld auskommen können. Pointiert formuliert: bevor über eine Reform der LehrerInnenausbildung entschieden werden kann, muss erst einmal diskutiert und entschieden werden, was LehrerInnen eigentlich können und in den Schulen tun sollen.

3.3. Gesamtschuldebatte

Damit ist auch schon der Übergang zum dritten Punkt nahe gelegt: In welcher Schulform soll gearbeitet werden? Im bisherigen Schulsystem? In einer Gesamtschule? StufenlehrerInnen oder LehrerInnen für alle Schulstufen? Die Debatte über Gesamtschulen in Österreich ist wiederum hauptsächlich durch finanzielle Erwägungen geprägt: Die HauptschullehrerInnen samt ihrer starken und gut organisierten Lobby wünschen als GesamtschullehrerInnen so gut bezahlt zu werden wie die GymnasiallehrerInnen und der Finanzminister möchte alle, die künftig in einer Schule für die 10- bis 14jährigen unterrichten, mit dem jetzigen Gehalt der HauptschullehrerInnen bezahlen. Die Wirtschaft sieht nach den PISA-Ergebnissen den Wirtschaftsstandort Österreich in negativem Licht und möchte Verbesserungen. Dabei wird wie sonst nach der "best practice" geschaut, wo in anderen

Ländern es besser geht: Die OECD meint, Gesamtschulen seien ein Weg zu besseren PISA-Ergebnissen. Also macht die Wirtschaft Druck in Richtung Gesamtschule. Pädagogische oder inhaltliche Überlegungen zur inneren Struktur, zur Verbesserung von Lernchancen oder Qualifikationen durch Gesamtschulen werden in Österreich nicht debattiert. Das Label und das Budget stehen im Mittelpunkt.

4. Bologna kommt...

Eine Reform der Ausbildung von LehrerInnen nach dem Bologna-Muster führt nun dazu, dass – je nach Perspektive – eine Chance oder der Zwang gegeben ist, all die offenen Probleme anzugehen und mit einer neuen Struktur zu lösen. Letztes Jahr hat im Auftrag der Regierung eine Gruppe von BeraterInnen ein Reformkonzept erarbeitet, das Weihnachten 2009 vorgelegt werden sollte. Das Konzept selbst ist derzeit (März 2010) noch immer nicht präsentiert worden, wohl aber eine etwas vage Vorabkurzfassung, die nach meiner Einschätzung wohl eher den Charakter eines Versuchsballons hat (siehe [http://www.stvg.at/home.nsf/Alles/F1AE218417DAF6DC1257693002E39F7/\\$file/Empfehlungen%20ExpGr221209.pdf](http://www.stvg.at/home.nsf/Alles/F1AE218417DAF6DC1257693002E39F7/$file/Empfehlungen%20ExpGr221209.pdf)). Danach soll z. B. eine Ausbildung neu wesentlich pädagogisch orientiert sein, Pädagogische Hochschulen und Universitäten sollen in Form von Clustern zusammenarbeiten. Das Ganze ist (noch) zu vage, um wissenschaftlich zu analysiert zu werden.

Allerdings müssen wir es ernst zu nehmen, zumal in Verbindung mit einer großen – nicht wissenschaftlichen – Umfrage unter LehrerInnen, nach der in Österreich Pädagogische Hochschulen deutlich besser LehrerInnen ausbilden als Universitäten, der bildungspolitische Weg erkennbar wird, den die Regierung beschreiten möchte: Ein pädagogisch orientiertes Kurzstudium für alle LehrerInnen und eine einheitliche Schulform für alle 10 bis 14jährigen - kurz: eine Sparpolitik mit sehr viel Einsparungspotenzial, weil künftig die Art der Tätigkeit und nicht die formale Qualifikation für die Bezahlung der LehrerInnen relevant sein wird.

Und die Mathematik? Die Fachausbildung wird drastisch reduziert, Mathematik wird Teil einer Domäne "Mathematik-NAVI-Technik". Für die fachliche Ausbildung dieser Domäne stehen statt wie bisher jeweils ca. 60 bis 70 Semesterwochenstunden (=SWS) Biologie, Chemie, Mathematik, Physik und Technik (für den Titel "Dipl.Ing." sind es weit mehr SWS) insgesamt maximal 100 SWS zur Verfügung. Im ExpertInnenpapier habe ich keinen Hinweis darauf gefunden, wie auf diese Weise die durchschnittlichen Kenntnisse und Fähigkeiten der SchülerInnen in dieser Domäne verbessert werden sollen.